

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Horst Sielaff MdB beschreibt eine wichtige Aufgabe der Landwirtschaftspolitik: Dem weltweiten Überleben der Menschheit dienen.

Seite 1

Horst Schmidbauer MdB fordert Konsequenzen aus dem jüngsten Blut/AIDS-Skandal: Ein Untersuchungsausschuß muß für Klärung sorgen.

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB kommentiert die Wahl von Benazir Bhutto zur Ministerpräsidentin: Für Pakistan die Chance zur Erneuerung.

Seite 4

Dokumentation

Die Vorsitzende der SPD-Kommission Jugend, Ruth Winkler, plädierte auf dem 4. Jugend-Forum des SPD-Partei Vorstandes für eine realistische Migrationspolitik: Weitere Einwanderungen sind nicht aufzuhalten. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 201

20. Oktober 1993

Dem weltweiten Überleben der Menschheit dienen Eine wichtige Aufgabe der Landwirtschaftspolitik

Von Horst Sielaff MdB
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bevölkerungswachstum auf der Erde ist so schnell, wie es kaum jemals zuvor gewesen ist. Es geht einher mit genau so schnell wachsender Armut in weiten Teilen der Welt.

1992 schätzte die UNO die Weltbevölkerung auf 5,48 Milliarden Menschen; 1998 wird die sechs Milliarden Grenze erreicht sein. Sekunde für Sekunde leben drei Menschen mehr auf der Erde, im Jahr fast 100 Millionen.

In 35 Jahren wird sich die Menschheit verdoppelt haben und zwar ausschließlich im Süden, wo heute schon 4,2 Milliarden, und damit der größte Teil der Erdbbevölkerung von 5,48 Milliarden leben.

Der Hunger in weiten Teilen der Welt ist heute immer noch ein Problem schlechter Verteilung und nicht mangelnder Produktion. Weltweit wird laut Weltwirtschafts-Organisation FAO soviel Getreide angebaut, daß jeder Mensch auf der Welt täglich 3.600 Kalorien zur Verfügung hätte.

Umweltbelastungen erschweren Nahrungssicherung

Jedoch auch diese theoretische Versorgung aller Menschen wird es bald nicht mehr geben, wenn nicht die gegenwärtige Entwicklung in ihrem Tempo verlangsamt und sogar in eine neue Richtung gesteuert wird. Neben dem Bevölkerungswachstum verschärfen die Umweltbelastungen und die daraus resultierenden Klimaveränderungen die Nahrungssicherung zusätzlich.

Die Folge der steigenden Konzentration atmosphärischer Treibhausgase (Kohlendioxid, Methan, Stickoxide, Fluorchlorkohlenwasserstoffe) ist die Erhöhung der durchschnittlichen Lufttemperatur (Treibhauseffekt).

Großräumige Veränderungen der Vegetationszonen, klimatische Veränderungen, veränderte Verteilung der Niederschläge, Erhöhung des Meeresspiegels (Abschmelzung der Gletscher zum Beispiel) und dadurch Gefährdung der flachen Küstenregionen sind zu befürchten.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundlich
aus 100% Recycling-Papier



Hinzu kommt die unaufhaltsame Ausdehnung der Wüsten. Die Wüstenbildung beschleunigte sich insbesondere in Afrika (Sahel-Zone, Sudan), im mittleren Osten, Pakistan und Indien, aber auch in Brasilien bilden sich Wüsten. Ansätze finden wir auch in Argentinien.

In Marokko, Tunesien und Libyen schluckt die Wüste - so die FAO - jährlich etwa 100.000 Hektar Weide- und Ackerland. Weltweit sind 60 Prozent des Ackerlandes, 80 Prozent des Weidelandes und 30 Prozent des künstlich bewässerten Nutzlandes von Erosion betroffen.

Schon das Umweltprogramm der UNO von 1987 hat ergeben, daß 1,4 von 1,8 Milliarden Hektar Weide- und Trockenwaldgebiete in den Entwicklungsländern durch Überweidung, Abholzung, Versteppung und Bodenerosion "degradiert" wurden.

In aller Munde ist das Verschwinden der tropischen Wälder: vor fünf Jahren waren von ihren ursprünglichen 1,2 Milliarden Hektar bereits 28 Prozent abgeholzt!

Die Ackerflächen im Regenfeldbau von 547 Milliarden Hektar waren durch unangepasste Landnutzung zu mehr als der Hälfte degradiert, dabei war Bodenerosion das Hauptproblem.

Fruchtbare Böden werden steril

Fast ein Fünftel der Weltproduktion der in der Landwirtschaft eingesetzten Pestizide wird allein auf Baumwollplantagen versprüht. Das hat ebenfalls verheerende Folgen. So werden einst fruchtbare Böden in ansonsten ertragreichen Regionen steril und völlig unfruchtbar, dadurch verringert sich die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf. So wirkt sich der summierte Effekt von Bevölkerungswachstum und Zerstörung der landwirtschaftlichen Nutzfläche stärker aus als die Neugewinnung von landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Massive Bewässerung führt zusätzlich zu einer "Alkalisierung" der Böden (Gegenteil von Versauerung). Durch die Bewässerung lösen sich die Salze im Boden, die durch Verdunstung an die Oberfläche kommen. Die künstlich bewässerten oder beregneten Böden reichern sich mit Salz an, was bis zur völligen Unfruchtbarkeit führen kann.

Ein weiteres Problem, dessen Lösung in weiter Ferne liegt, ist die Trinkwasserversorgung. Schon heute müssen 1,2 Milliarden Menschen ohne sauberes Trinkwasser auskommen. Wenn in Zukunft immer mehr Menschen immer knapper werdende Wasservorräte verbrauchen werden, wird sich auch hier die Lage eher verschlechtern. Gerade in warmen Regionen verdunstet - zusätzlich zur schon vorhandenen Wasserknappheit - Wasser. Auch dies erschwert eine produktive Landwirtschaft.

Angesichts des wachsenden Bedarfs an Nahrungsmitteln für die Menschen in den trockenen Regionen ist die derzeitige Stilllegungspraxis in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, mit der die Überschussproduktion zurückgeführt werden soll, besonders kritisch zu sehen.

Agrarpolitik muß dem Erfordernis der Ökologisierung Rechnung tragen

Ganz abgesehen davon, daß aus ökologischen Gründen ohnehin eine flächendeckende Extensivierung der Produktion in den privilegierten Erzeugungsregionen erheblich sinnvoller wäre. Geringere Rückstandsbelastungen der Erzeugnisse und der natürlichen Ressourcen und damit auch die Verbesserung der Qualität der Agrarprodukte lassen die Extensivierung und Ökologisierung zum Ziel einer vernünftigen und nachhaltigen Landbewirtschaftung werden. Dem muß durch die Agrarpolitik Rechnung getragen werden.

Für die erforderliche Neuorientierung der Agrarpolitik sind die Erkenntnisse und wirtschaftlichen Mittel vorhanden. Es geht um die Einsicht und die politische Kraft, sie anzuwenden und alle Maßnahmen an den übergeordneten ökologischen und sozialen Zielsetzungen zu orientieren.

Leitbild muß die Verbindung von Landbewirtschaftung und Erhalt der Kulturlandschaft mit einer ökologisch sinnvollen Gestaltung unserer Umwelt sein. Dazu müssen sowohl gesetzliche Normen geschaffen, als auch marktwirtschaftliche Anreize gegeben werden. Jegliche Förde-

rungsmaßnahmen der öffentlichen Hand sind konsequent auf ihre diesbezügliche Zielrichtung zu überprüfen.

Notwendig sind außerdem nationale und europäische gesetzliche Regelungen zur wirksamen Verhinderung weiterer Umweltbelastungen durch die Land- und Forstwirtschaft. Dazu gehören auch ökonomische Anreize wie zum Beispiel Stickstoff- und eventuell auch Pflanzenschutzmittelabgaben und Fördermittel zum beschleunigten Umstieg auf extensive beziehungsweise ökologische Landbewirtschaftung.

Agrarpolitik muß sich einordnen in eine langfristig angelegte, Kreisläufe berücksichtigende Gesamtstrategie zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen: der Böden, der Gewässer, der Luft und des Klimas.

Unsere Agrarpolitik muß nicht nur eine nationale Aufgabe erfüllen, sondern muß dem weltweiten Überleben der Menschheit dienen.

(-/20. Oktober 1993/rs/ks)

Kommissar Zufall und ein Minister auf der Flucht nach vorne
Der Blut/AIDS-Skandal muß durch einen Untersuchungsausschuß geklärt werden

Von Horst Schmidbauer MdB
Stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Blut-AIDS-Lawine rollt - und der Gesundheitsminister versucht durch die Flucht nach vorne zu verhindern, daß seine politische Karriere darunter begraben wird. Kein Tag vergeht, ohne daß neue Details offenbar werden, die in der Öffentlichkeit nur noch Entsetzen und Wut über die Arbeitsweise der obersten Gesundheitsbehörden auslösen.

Der gestern offenbar gewordene Fall einer zweiten verseuchten Charge von PPSB der Firma Biotest berührt nicht nur die Haftung der Firma, sondern trifft auch die Verantwortung des Gesundheitsministers. Es ist doch skandalös, daß trotz bekannter Umstände und einer von meinem Kollegen Professor J. Meyer und mir 1992 erfolgten Anzeige die Staatsanwälte eingeschaltet wurden. Was extern initiiert wurde, hätten die Gesundheitsbehörden doch von sich aus unternehmen müssen!

Noch skandalöser die Umstände des jetzt "per Zufall" bekannt gewordenen neuen Falls aus 1990: Ein "namhafter Wissenschaftler" erfährt (wieso? in welcher Funktion?) von einer zweiten verseuchten Charge PPSB der hessischen Firma 1990 (die bereits bekannte Charge 1601089 infizierte mindestens elf Personen mit dem HIV-Virus!). Der "Studienfreund" im BGA, der informiert wird, "kann sich nicht mehr erinnern". Einen solch gravierenden Hinweis vergißt man nicht. Was also sind die Gründe für diesen Gedächtnisverlust und das Fehlen offenbar jeglichen Verantwortungsgefühls? Beamte der Behörden, die über den Schutz der Gesundheit der Bürger wachen soll, erweisen sich selbst als Risiko für unsere Sicherheit.

Die Entlassung von Großklaus und Steinbach - von den Medien als Befreiungsschlag Seehofers gewertet - war wohl eher die überfällige Entfernung eines Korkens vom Flaschenhals. Jetzt sind endlich die Informationskanäle offen, die jahrelang verstopft waren!

Dieses Ausmaß an Desinformation habe ich nicht erwartet. Immer noch weiß man nichts Endgültiges über die Motive der Beamten im "Bermuda-Dreieck" von BGA und BMG, die Informationen über Verdachtsfälle ignorierten, weglagten, nicht weitergaben, "vergaßen" oder als Privatbesitz behandelten und damit für Krankheit und Tod von Menschen verantwortlich sind.

Spielte Geld eine führende Rolle? Gutbezahlte Posten in der Pharmaindustrie, Kumpanel? Oder reicht simple Unfähigkeit hochbezahlter Beamter aus, um das Desaster zu erklären? Es ist wie einer Hydra: Hinter jeder Antwort tauchen zwei oder mehr neue Fragen auf. Sicher ist: Organisatorische und personelle Konsequenzen im BGA reichen nicht aus, um diesen Sumpf trockenenzulegen.

Der Fall Bundesgesundheitsamt ist spätestens jetzt ein Fall Bundesgesundheitsminister. Die Frage der politischen Verantwortung kann nach Lage der Dinge nachhaltig nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß klären.

(-/20. Oktober 1993/rs/ks)

Mit Benazir Bhutto kommt die Chance der Erneuerung

Die neue Ministerpräsidentin ist auf die Unterstützung aller Pakistaner angewiesen

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Gestern wählte die am 6. Oktober 1993 neu gewählte pakistanische Nationalversammlung Benazir Bhutto zur neuen Ministerpräsidentin Pakistans. Sie konnte alle 121 Stimmen der Koalition der Pakistanischen Volkspartei (Pakistan People Party, PPP) mit mehreren kleinen politischen Gruppierungen und unabhängigen Abgeordneten auf sich vereinigen. Der Gegenkandidat, der bisherige Ministerpräsident Nawaz Sharif, erhielt 72 Stimmen. Das entspricht der Zahl der gewählten Abgeordneten der Islamischen Muslim-Liga, der Partei von Nawaz Sharif.

Es ist die zweite Wahl von Benazir Bhutto zur Ministerpräsidentin von Pakistan. Im Dezember 1988 wurde sie erstmals nach einem Wahlsieg der PPP als erste Frau zur Ministerpräsidentin eines islamischen Staates gewählt. Nach 18 Monaten wurden sie und ihre Regierung wegen Korruptionsvorwürfen von dem damaligen Staatspräsidenten Ishaq Khan im August 1990 aus dem Amt entlassen. Gleichzeitig wurde das Parlament aufgelöst und es wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Die Neuwahlen im Herbst 1990 brachten einen Sieg der konservativen Muslim-Liga von Nawaz Sharif und eine deutliche Niederlage für Benazir Bhutto's PPP. Benazir Bhutto und andere haben diese Wahlen immer - wohl nicht zu Unrecht - als in wesentlichen Teilen manipuliert kritisiert.

Sharifs Amtszeit war seit längerem geprägt von einem Machtkampf mit Staatspräsident Khan, dessen umfassende Befugnisse er zugunsten des Ministerpräsidenten beschneiden wollte. Letztlich zog Sharif in diesem Machtkampf den Kürzeren: Khan entließ im Frühjahr 1993 Sharif wegen angeblicher Unfähigkeit und Korruption, löste das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Gegen die Entmachtung hatte Sharif erfolgreich vor dem Obersten Gerichtshof Pakistans geklagt. Doch wenige Monate nach der Wiedereinsetzung Sharifs durch das Parlament zog Staatspräsident Khan die Notbremse, erklärte seinen Rücktritt. Er entließ den Ministerpräsidenten und die Regierung und löste damit das Parlament auf.

Die Wahlen vom 6. Oktober des Jahres brachten nun wieder eine Umkehrung des politischen Kräfteverhältnisses in Pakistan. Benazir Bhutto verpaßte zwar die absolute Mehrheit in der pakistanischen Nationalversammlung, wird aber gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern von 112 der 217 Mandate im Parlament unterstützt.

Auf Benazir Bhutto warten schwere Aufgaben, um Pakistan in eine demokratische Zukunft auf gesunder wirtschaftlicher Basis zu führen. Ihr Vorgänger Sharif war neben dem Machtkampf mit dem Staatspräsidenten auch an der Unfähigkeit gescheitert, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen. In einer Ansprache nach ihrer Wahl gestand Benazir Bhutto ein, daß Pakistan vor "ernsten wirtschaftlichen Problemen" stünde. Das Jahr 1993 stellt

sich für Pakistan als ein bemerkenswertes Jahr dar. Für wen konnte der plötzliche Unfalltod des Armeeeoberbefehlshabers General Arif Nawaz, eines demokratischen Militärs, und die Ernennung eines machtbewußten Nachfolgers, von General Abdul Waheed, politischen Nutzen haben? Auffallend auch der Überraschende und fast lautlose Abgang des etablierten Staatspräsidenten Ishaq Khan und das Aus für den ebenfalls langjährig etablierten Politiker und abgewählten Ministerpräsidenten Nawaz Sharif. Auch das Zerwürfnis zwischen Präsident Khan und Ministerpräsident Sharif war im Grunde nicht vorzusehen.

Überraschend auch die Wiedereinsetzung der Regierung Sharif durch das Oberste Gericht Pakistans, nachdem dasselbe Gericht die 1990 gegen ihre Entscheidung klagende Ministerpräsidentin Benazir Bhutto abgewiesen hatte. Das militärische und das wirtschaftliche Establishment ließ den Präsidenten gehen (oder auch fallen). Und wer konnte - und das ist sehr positiv - voraussehen, daß Moeen Qureshi als einer von vielen potentiellen Kandidaten als Interims-Ministerpräsident eingesetzt wurde. Und wer konnte voraussehen, daß die am 6. Oktober 1993 stattgefundenen Parlamentswahlen die seit 1970 fairsten Wahlen waren unter einer höchst neutralen und reformfreudigen Interims-Regierung in der Geschichte des Landes.

Benazir Bhutto war die Favoritin, das zeigten die Provinzwahlen im Sindh. Sie gewann auch die Provinzwahlen im Punjab. Ihre Aufgabe wird es jetzt sein, ein qualifiziertes Kabinett zu gewinnen. Während ihrer ersten Amtszeit von 1988 bis 1990 führte sie eine harte Auseinandersetzung mit dem Establishment des Landes. Ihr Nachfolger Sharif war zunächst der blauäugige Boy des Establishments, dessen unstete und unberechenbare Regierungsführung ähnlich der Leitung in seinem privaten Wirtschaftsimperium - und von diesem Stil konnte er sich nicht lösen - eine der Hauptursachen seines Falls war.

Auf der anderen Seite bedarf die neue Ministerpräsidentin die Unterstützung aller Pakistaner. Was auch immer ihre Schwächen sind, und sie hat viele, ist sie entschieden die modernere und demokratischere Ministerpräsidentin. Das ist Pakistans seit langem beste Chance, daß Voraussetzungen geschaffen werden, daß dieses Land als Staat und als Gesellschaft in das nächste Jahrhundert lebens- und funktionsfähig eintreten kann.

(-/20. Oktober 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ruth Winkler: Weitere Einwanderungen sind nicht aufzuhalten

Der SPD-Parteivorstand veranstaltete am 20. Oktober in Bonn sein 4. Jugend-Forum unter dem Motto "Ausländische Jugendliche im Einwanderungsland". Die Vorsitzende der Kommission Jugend, das SPD-Vorstandsmitglied Ruth Winkler, forderte dabei anzuerkennen, daß Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrem Referat.

Die Bundesrepublik Deutschland wird offiziell nicht als Einwanderungsland definiert. Die Gründe dafür liegen in einer Mischung von später oder mangelnder Erkenntnis, ideologisch begründeter Erkenntnisverweigerung und - aus Angst vor dem Wähler - Flucht aus der Verantwortung. Die politischen Akteure sollten sich zu den Fakten bekennen und Chancen, auf diese Weise neue und motivierte Staatsbürger zu gewinnen, offensiv nutzen. Die SPD wird dazu ein dringend notwendiges und von ihr seit langem gefordertes europäisch abgestimmtes Einwanderungsgesetz vorlegen.

Zwei Dinge sind klar: der Migrationsprozeß ist nicht umkehrbar und weitere Einwanderungen sind nicht aufzuhalten.

Das Institut der deutschen Wirtschaft geht sogar noch weiter. Es hat ermittelt, daß in den nächsten 25 Jahren aus demographischen Gründen mindestens 300.000 Einwanderer pro Jahr benötigt werden, um unseren Wohlstand zu erhalten. Dieses Institut wirbt deshalb wie die Mehrzahl aller Wirtschaftsfachleute für einen rationalen und offensiven Umgang mit der Zuwanderung. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensqualität unseres Landes werden angesichts unserer Bevölkerungsentwicklung jenseits des Jahres 2000 von einer starken, aber gesteuerten Zuwanderung abhängen. Die Instrumentarien dafür müssen wir heute schaffen und einüben. Auch die einheimische Bevölkerung hat im übrigen ein Recht auf eine nachvollziehbare und verlässliche Gestaltung der Integration und der sozialen Versorgung.

Wer Deutschland zum Einwanderungsland erklärt, will Einwanderung nach gesellschaftlich abgestimmten Vorgaben verlässlich regeln. Familienzusammenführung, Ausbildung, Sprachkenntnisse, Alter, Arbeitskräftebedarf nach Integrationsmöglichkeiten können Kriterien sein, die zu Quoten und Kontingentierungen der Zuwanderer führen.

Mit einer modernen Einwanderungspolitik müssen Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Ebenso wichtig ist aber auch, daß wir eine auf lange Sicht angelegte Eingliederungspolitik entwerfen. Dabei ist unser Ziel, eine weitgehende Integration der Einwanderer zu erreichen. Die kulturellen Probleme der Einwanderer mischen sich mit sozialen. Sie können insbesondere durch eine gute Bildung und Auszubildung gemildert werden.

Zur Sicherung der gleichen Chancen im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik sollten wir uns insbesondere auf folgende Ziele konzentrieren:

- Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen sind wichtige Ansatzpunkte sozialer Integration für ausländische Kinder. Hier werden Hilfen zur Eingliederung in die (kulturell fremde) Gesellschaft gegeben. Organisation, Inhalte und personelle Ausstattung müssen diesen Anforderungen entsprechen.
- Gerade für Kinder und Jugendliche, die erst später ihren Familien folgen, ist ein qualifizierter Hauptschuleabschluß Mindestvoraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben und muß auch in Zukunft wieder zum Beispiel für das AFG gefordert werden.
- Berufsberatung und spezifische Förderungsprogramme, die an den Sozialisationserfahrungen des jeweiligen Personenkreises anknüpfen, müssen in Zukunft wieder ausgeweitet werden.
- Auch die Wirtschaft, die Unternehmen und ihre Verbände, stehen in der Pflicht. Sie wollen und brauchen die Zuwanderer, insbesondere die jungen, als Arbeitskräfte und als Konsumenten. Im Rahmen eines gesellschaftlichen Paktes der Vernunft ist die Wirtschaft mit zuständig für zukunftsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Integrationsmaßnahmen.
- Das gleiche gilt für die öffentliche Hand, die unverhältnismäßig wenig ausländische Jugendliche ausbildet. Eine gemeinsame Ausbildungsoffensive kann den viel beklagten Facharbeiterinnenmangel beheben helfen. Ausbildungsbegleitende Hilfen, die sich gezielt an Mittel- und Kleinbetriebe wenden, müssen diese Offensive flankieren.

Vorrangiges Ziel ist es zu vermeiden, daß die jungen Ausländer zu einer Generation von Hilfsarbeitern oder Arbeitslosen werden. Gelingt es nicht, für Zuwandererkinder mit Hilfe besonderer Anstrengungen den starken Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem der Kinder aufzubrechen, wird das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen aufgrund von Zuwanderungen absinken.

(-/20. Oktober 1993/rs/ks)
